Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Jns.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 165. Sonnabend den 14. Juni 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 15. Juni,
Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 17. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis zum **5. Juli** d. J. auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1901. Verordnung, betreffend Ergänzung des §. 35 der Militair-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden (Friedens-Transport-Ordnung). Vom 26. Mai 1890.

Leipzig, den 6. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Ausschreibung.

Für den Neubau der **Markthalle** in Leipzig soll die Lieferung von **70 Stück gußeisernen Deckeln** mit doppeltem Verschluß auf die Reinigungsschächte der Entwässerungsanlage vergeben werden.

Die Bedingungen und das **Arbeitsverzeichniß, auf Wunsch** auch die Zeichnungen, können durch unsere Bauverwaltung im Baubureau an der **Windmühlengasse**, hierselbst, gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von 0,50 ℳ für die Bedingungen und 1 ℳ für die Zeichnungen bezogen, bez. im Baubureau eingesehen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:

„Markthalle — gußeiserne Deckel"

bis zum 20. Juni cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhause allhier, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 12. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 4109. Dr. Georgi. Küling.

Bekanntmachung.

Die **Herstellung der Trottoirs** in der Elisenstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 0,50 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Trottoirarbeiten in der Elisenstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 23. Juni 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 4. Juni 1890.

Ib. 2962. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Die Pflasterung der Elisenstraße mit **Schlackengußsteinen** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 0,50 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Pflasterung der Elisenstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 23. Juni 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 4. Juni 1890.

Ib. 2962. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 18. Juni dieses Jahres, sollen von **Vormittags 9 Uhr** an in dem an der **Harkortstraße** unter Nr. 4 hier gelegenen sogenannten **Schwägrichen'schen Gartengrundstücke**

38 Haufen Abraum- resp. Schlagreißig

unter den im Termine noch bekannt zu gebenden Bedingungen gegen **sofortige Baarzahlung** an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft im vorgenannten Grundstücke.

Leipzig, am 13. Juni 1890.

Des Raths Baudeputation.

Rathskellerpacht.

Die **Rathskellerwirthschaft** im Rathhause der Stadt Penig soll auf die Zeit vom 14. Juli 1890 an auf 6 Jahre anderweit verpachtet werden.

Die Bedingungen sind an Rathsstelle einzusehen bez. gegen Erstattung der Schreibgebühr abschriftlich zu erhalten.

Wir fordern Pachtliebhaber auf, ihre Gebote in versiegeltem Umschlag mit der Aufschrift „Rathskellerpacht" versehen bis längstens den

28. Juni 1890

an Rathsstelle einzureichen, mit dem Bemerken, daß an die Bedingungen Jeder gebunden ist, welcher ein Gebot abgiebt, auch wenn er die Bedingungen nicht eingesehen hat.

Zur Eröffnung der eingegangenen Gebote wird Termin auf

den 30. Juni 1890
Vormittags 10 Uhr

im Rathhause zu Penig angesetzt.

Penig, den 31. Mai 1890.

Der Stadtrath.
Dr. Weber, Bürgermstr.

Bekanntmachung.

Verloren gegangen sind die Arbeitsbücher

1) der am 11. October 1870 zu Roßleben a/U. geborenen Arbeiterin Linna Anna Giermann, im Jahre 1887 zu Reudnitz ausgestellt;
2) des am 28. Juni 1870 zu Strehla geborenen Prägers Paul Robert Helbing, im Jahre 1884 unter Nr. 1245 hier ausgestellt;
3) des am 18. März 1871 hier geborenen Markthelfers Hermann Georg Robert Kreusel, im Jahre 1886 unter Nr. 683 hier ausgestellt;
4) des am 18. Mai 1870 in Bellmarsdorf geborenen Carl Richard Ziegler, im Jahre 1884 vom Gemeindevorstand in Bellmarsdorf ausgestellt, und
5) des am 10. August 1852 in Paunsdorf geborenen Steinmetzgehilfen Robert Reinhard Schrempel, im Jahre 1887 vom Gemeindevorstand in Paunsdorf ausgestellt.

Wir bitten diese Arbeitsbücher im Auffindungsfalle anher Obstmarkt Nr. 3, 2. Etage, Zimmer 113b abzuliefern.

Leipzig, am 9. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 1203. Dr. Georgi. Bezold.

Holz-Auction

auf Zweukauer Staatsforstrevier.
Donnerstag, den 19. Juni dieses Jahres
von Vormittags 10 Uhr an

sollen folgende im **Ehrenberger Walde** in den Abtheilungen 54, 55, 62, 63 und 66 bis 68 aufbereitete Nutzhölzer, als:

124 Stück	eichene Klötzer von 10—124 cm Ober- bez. Mittenst.,	2—7 m lang,
195 „	eichene Klötzer von 10—42 cm Ober- bez. Mittenst.,	2—7,5 m lang,
189 „	rüsterne Klötzer von 10—42 cm Ober- bez. Mittenst.,	2—9 m lang,
237 „	erlene Klötzer von 11—35 cm Ober- bez. Mittenst.,	3—8 m lang,
73 „	ahornene Klötzer von 10—88 cm Ober- bez. Mittenst.,	2,5—6 m lang,
21 „	weißbuchene Klötzer von 13—39 cm Ober- bez. Mittenst.,	3—7 m lang,
19 „	aspene Klötzer von 10—28 cm Oberst.,	3—4 m lang,
84 „	rusterne „ „ 10—24 „ „	2,5—4 „ „
1	maßholderner Klotz „ 15 „ „	4 „ „

3 rm eichene Nutzscheite,

(Versammlung auf dem Schlage in Abtheilung 54 des Grünl',)

sowie

Freitag, den 20. Juni d. J.
ebenfalls von Vormittags **10** Uhr an

folgende in den Abtheilungen 57, 59, 62 und 63 aufbereitete Brennhölzer, als:

14 rm eichene Brennscheite,
8 „ rüsterne „
4 „ weißbuchene „
4 „ aspene „
1 „ erlene „
7 „ rüsterne Brennknüppel,
2 „ eichene „
2 „ erlene „
1 „ weißbuchene „
1 „ aspene „
78 „ harte Aeste,
190 „ hartes Brennreißig,
90 Langhaufen hartes Brennreißig,
10 rm eichene Stöcke,
2 „ weißbuchene Stöcke,
1 „ eichene Stöcke.

(Versammlung am neuen Hochstuthbaum in Abtheilung 62 des Kanitzsch)

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Zahlstelle an beiden Tagen im Gasthofe zu Gundorf.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königl. Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königl. Forstrentamt Wurzen, am 12. Juni 1890.
Domler. Geißler.

Aus der Commission für die Militairvorlage.

Am Donnerstag ist die Frage der Bewilligung der Militairvorlage in ein neues Stadium getreten durch die vorläufige Annahme des Artikels 2 der Vorlage. Der Abgeordnete Orterer erklärte ausdrücklich, daß er seine Schlußabstimmung in der Commission von der Entscheidung über die Compensationsfragen abhängig mache und sich durch alle Abstimmungen in der Commission für seine Abstimmungen nicht binden wolle. Dagegen erklärte Windthorst, daß er die Verantwortung für Ablehnung der Regierungsvorlage oder für eine Bewilligung unter Bedingungen, welche einer Ablehnung gleich kommen, nicht übernehmen könne, da er seine deutschen Brüder nicht in mangelhafter Rüstung in den Krieg ziehen lassen wolle. In dieser Lage vermeide er es, die Streitfrage gegenwärtig zum Ausgange eines Conflicts zu machen, wahre aber seinen Standpunct für die Zukunft durch die Resolution.

Es bestehen sonach zwei Strömungen innerhalb der Centrumspartei, von denen die eine die Militairvorlage anzunehmen entschlossen ist, die andere die Annahme von Compensationen abhängig macht. Die Resolution, durch welche Windthorst seinen Standpunct für die Zukunft wahren will, spricht die Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen von der Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum activen Dienst Abstand nehmen werden, weil dadurch unerschwingliche Kosten erwachsen würden. Sie spricht ferner die Erwartung aus, daß die Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres die Bewilligung für das Etatsjahr an Stelle des Septennats aufnehmen werden. In einem dritten Absatz werden die verbündeten Regierungen ersucht, die Präsenzzeit durch Verlängerung der Recrutenvacanz und Vermehrung der Dispositionsbeurlaubungen abzukürzen, endlich die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in Erwägung zu ziehen.

Als Ergebniß der Verhandlungen vom Donnerstag stellt sich die hohe Wahrscheinlichkeit der Annahme der Militair-Vorlage zum Zweck der Vermehrung der Artillerie heraus, aber zugleich der feste Wille der Mehrheit, weitere Erhöhungen der Friedenspräsenz nur unter der Bedingung von Compensationen zu bewilligen. In dieser Beziehung hat der Windthorst'sche Resolutions-Antrag eine große Tragweite, deren Bedeutung erst in Zukunft, dann aber sicher hervortreten wird. Die Vertreter der conservativen und der nationalliberalen Partei haben zu der Resolution noch nicht Stellung genommen, sondern behalten sich ihr Urtheil darüber vor, aber die große Wichtigkeit der in der Resolution behandelten Fragen haben sie sogleich anerkannt. Windthorst hat gegen Ende der Sitzung die Spannung der Lage durch eine dunkle Andeutung charakterisirt, welche noch der Aufklärung bedarf. Er sagte nämlich: „Die Auflösung des Reichstages fürchte ich nicht, aber es giebt noch etwas Schlimmeres." Der Kriegsminister blieb hinter Windthorst nicht zurück und sagte seinerseits: „Artikel 63 der Verfassung bestimmt, daß der Kaiser das Recht hat, die Präsenzzahl des Heeres zu bestimmen, und dem gegenüber besteht Das, was das Budgetrecht genannt wird."

Man erkennt hieraus, wie ernst die Lage auf allen Seiten aufgefaßt wird. Der Abgeordnete v. Huene hob dann noch hervor, daß die Centrumspartei die Resolution als einen Weg zur Verständigung auffasse, nicht als einen Monolog, wie der Abgeordnete Richter meine. Wir stehen somit vor einem Conflict, der zwar nicht sogleich brennend werden wird, aber Verfassungsfragen für die Zukunft zur Erörterung stellt, welche nicht kurzer Hand entschieden werden können. Die Lage ist nicht so scharf zugespitzt wie zur Zeit der Entstehung des preußischen Verfassungsconflicts im Jahre 1859, aber es besteht doch eine gewisse Aehnlichkeit zwischen dem Wesen des damaligen und dem in der Entwickelung begriffenen Streit. Auch damals wurde die Frage der zweijährigen Dienstzeit sehr eifrig erörtert, aber die Verfassung, um deren Auslegung es sich handelte, war nicht die Reichsverfassung, sondern die preußische Verfassung. Der Kriegsminister von Verdy wollte durch den Hinweis auf Artikel 63 der Reichsverfassung jedenfalls von vornherein gegen die Heraufbeschwörung eines Verfassungsstreites Front machen. Günstiger für die verbündeten Regierungen liegt die Sache heute insofern, als die Erhöhung der Friedenspräsenz nicht aus eigenem Antriebe geschieht, sondern weil sie uns durch die Rüstungen Frankreichs aufgenöthigt wird. Die Vermehrung der Artillerie wird angesichts des großen Vorsprunges, welchen die Franzosen in dieser Waffengattung voraus haben, allgemein als nothwendig zugestanden, auch die freisinnige Partei kann sich dieser Einsicht nicht verschließen. Aber weil die Kriegsverwaltung noch vor der Entscheidung über die Artillerievorlage mit weiteren Forderungen hervortrat, welche den Reichstag später beschäftigen würden, gewann die Frage der Compensationen eine Bedeutung, welche sie ohne vorzeitige Lüftung des Schleiers nicht erlangt hätte. Die Kriegsverwaltung legte ihre Karten offen auf den Tisch der Commission und gab dadurch den Gegnern Gelegenheit, ihr Spiel danach einzurichten. Die Frage der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hat mit der Vermehrung der Artillerie keinen unmittelbaren Zusammenhang; die Nothwendigkeit, mit den Zukunftsplänen hervorzutreten, war nicht vorhanden, und es scheint, daß man den begangenen Fehler an maßgebender Stelle bereits erkannt hat, sonst würde die Rede des Reichskanzlers in der Commission einen zuversichtlicheren Ton angeschlagen haben.

Was früher an Heimlichkeit zu viel geleistet wurde, wird heute durch schrankenlose Offenheit überboten. Es ist gewiß wichtig, daß das Geheimniß die Bürgschaft des Erfolges ist. Damit ist nicht ein Geheimniß gemeint, welches zur Täuschung Anderer dient, sondern nur die Unbekanntschaft mit Dingen gewährleistet, deren Kenntniß zum Widerstande reizt und zur Geltendmachung von Forderungen, die andernfalls nicht erhoben worden wären. Das Verhältniß zwischen der Regierung und den Parteien ist ein solches, welches fast immer mit Meinungsverschiedenheiten und mit der Ausbeutung günstiger Lagen auf beiden Seiten zu rechnen hat. Jeder von beiden Theilen sucht Das zu erreichen, was ihm im Staatsinteresse als das Beste erscheint. Oft wird in diesem Streite das Interesse des Theiles mit dem des Ganzen verwechselt, und deshalb wird eine Regierung immer nur dann das Richtige treffen, wenn sie über den Parteien steht und keine Sonderinteressen verfolgt. Im Deutschen Reiche ist ein hohes Maß von Vaterlandsliebe sowohl auf Seiten der verbündeten Regierungen als bei den meisten Parteien zu finden; die Gefahr eines Mißbrauchs der jeweiligen Lage durch die Parteien ist also kaum zu befürchten, aber trotzdem kann die Regierung auf das Geheimniß als Bürgen des Erfolges in vielen Fällen nicht verzichten, und wenn sie sich dieses Vortheils bedient, so kann ihr Niemand daraus einen Vorwurf machen. *

Leipzig, 14. Juni.

* Die **Colonialpolitik des Reichs** hat am Donnerstag aufs Neue die **Zustimmung einer großen Mehrheit des Reichstags** empfangen. Neben den conservativen Fractionen und den Nationalliberalen stimmte auch die große Mehrzahl der Centrumsabgeordneten für die zur Wiederherstellung geordneter Zustände in dem ostafrikanischen Schutzgebiet geforderten Summen. In der Minderheit befanden sich nur die Deutschfreisinnigen und die Socialdemokraten. Unsere Colonialpolitik in den stets eingehaltenen Grenzen der Zurückhaltung, Vorsicht und Beschränkung hat im Reichstag eine immer wachsende Mehrheit gefunden, und die Zustimmung selbst der gegenwärtigen, sonst so ungünstig zusammengesetzten Volksvertretung ist wohl die beste Sicherheit, daß an ein Aufgeben des einmal gewonnenen und mit ansehnlichen Opfern erkauften Besitzes nicht mehr zu denken ist, trotz des kleinmüthigen Rathes der Deutschfreisinnigen, die ganze Masse möglichst rasch zu liquidiren. Die Deutschfreisinnigen hatten in ihrer Freude über den Kanzlerwechsel anfänglich entdeckt, daß die colonialpolitischen Ansichten des Herrn von Caprivi mit ihren eigenen in den wesentlichsten Puncten übereinstimmten. Diese Entdeckung hinderte aber die Partei nicht, die Forderungen der Regierung rundweg abzulehnen; ja ein Mitglied, das unter dem Fürsten Bismarck für die colonialpolitischen Forderungen gestimmt hatte, fand, daß die Dinge jetzt unter dessen Nachfolger einen Umfang und eine Ausdehnung annehmen, daß man nicht weiter mitgehen könne. In Wahrheit wird in der Colonialpolitik, wie auch in anderen Dingen, vollständig der alte Curs eingehalten. Aber ein ganz bestimmtes, für alle Zeiten unabänderliches und genau begrenztes Programm läßt sich auf einem so unbekannten Gebiet, wo fortwährend neue Aufgaben auftreten und die Situation in beständigem Wechsel begriffen ist, nicht aufstellen. Das hat auch Herr von Caprivi wiederholt bei diesen Verhandlungen ausgesprochen und das Vertrauen gefordert, daß die Regierung nicht weiter gehen werde, als die Ehre und das Interesse Deutschlands es erheischen. Dies Vertrauen hat der Reichstag ausgesprochen. Es ist in der That weder von unserer Regierung, noch von den bei aller Ueberzeugung von dem Werth und Nutzen derartiger Unternehmungen doch kühlen und besonnenen Colonialfreunden im Volk zu befürchten, daß jemals ein Vorgehen befürwortet werden könnte, welches uns in unabsehbare und verhängnißvolle Abenteuer in fernen Welttheilen verwickeln könnte.

* **Es war wohl als selbstverständlich anzunehmen,** daß die **Conservativen** die erste Vacanz in einem **Wahlkreis,** wie sie jetzt in **Prenzlau-Angermünde** eingetreten, benutzen würden, **Herrn v. Helldorff** aufzustellen, dessen Thätigkeit als Führer im Reichstag von allen Parteien gleichermaßen Anerkennung gefunden. Wenn jetzt die Rede geht, daß die **Nationalliberalen** eine eigene Candidatur planen, so kann bemerkt werden, daß an leitender Stelle davon nicht das Mindeste bekannt ist, vielmehr als selbstverständlich angenommen wird, daß die Aufstellung einer nationalliberalen Zählcandidatur unterbleibt.

* Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**", nunmehr ein Organ der **deutschconservativen Partei,** stellt die folgende Betrachtung über die politische Lage an:

Die **politische Situation** beginnt unter einer bedauerlichen Unklarheit zu leiden. Es tritt das besonders darin hervor, daß allerlei Gerüchte und Muthmaßungen extravagantester Art auftauchen und von Denen als baare Münze verbreitet werden, welche glauben, aus schwierigen Lagen Nutzen für ihre eigenen Ziele und Interessen ziehen zu können.

Socialdemokratische Organe sprechen schon seit einigen Tagen ganz offen das Wort Conflict aus. Die Blätter der süddeutschen Demokratie haben den Gedanken der befreundeten Partei sofort adoptirt. Die Freisinnsorgane zeigen sich schüchterner. Nachdem aber der sogenannte „Ausgleich" innerhalb der Partei erfolgt und bekannt geworden ist, auch Herr Windthorst habe in der Fractionssitzung seiner Partei von Absichten, den Reichstag bei Eintritt gewisser Eventualitäten aufzulösen, gesprochen, welche Meldung bisher ohne Widerspruch blieb, fängt auch die Freisinnspresse an, dieselbe Melodie anzustimmen. So erzählt das Blatt des Herrn Richter von Leuten, die sich in die Ohren tuscheln, das allgemeine Wahlrecht sei in Gefahr; aus solchen Tuscheleien nimmt das Blatt Anlaß, von „Gewaltact, Staatsstreich, Revolution von oben" zu sprechen, offenbar nur, um den Satz anbringen zu können, daß sei „eine Rechtsphilosophie, deren letzte Folgerung die Anerkennung des Rechtes der Revolution, und zwar auch derjenigen von unten wäre".

Wir registriren diese Dinge nur, weil sie ein Symptom der Lage sind.

Diese Lage ist geschaffen dadurch, daß man gestattet — und auf der anderen Seite zu benutzen verstanden hat, wenn klare und einfache Forderungen der Regierungsvorlagen mit allerlei Schwergewichten bepackt, wenn mit jenen weitausschauende Pläne und Concessionen an Auffassungen, die in den amtlichen Vorlagen selbst in keiner Weise ihren Ausdruck fanden, in Beziehung gebracht werden.

Wir bezweifeln nicht, daß die Unkenrufe der Oppositionsorgane vergeblich erschallen werden. Aber so viel wird Angesichts derselben doch festzustellen sein, daß die Haltung der **conservativen Partei** jene Unklarheiten in keiner Weise hervorrufen konnte, in deren Schatten jene laut wurden. Die conservative Partei hat sich wie überhaupt, so auch gegenüber der Militairvorlage ein gutes Gewissen bewahrt, welches sie sich selbst schuldig ist, allezeit in Bezug auf ihre Haltung zu von der Krone gebilligten Vorlagen zu haben. Ihrer Haltung entsprechend, wird aber auch die conservative Partei ihrerseits die Verantwortlichkeit dafür ablehnen müssen, falls jene Unkenrufe dennoch Verwirrung im Volke anrichten und dieses an den Zielen der Regierungspolitik irre machen sollten.

* **Socialdemokratische Parteitage** für kleinere Bezirke sind in der nächsten Zeit mehrfach geplant. Ein Parteitag für einzelne Kreise der Provinz Sachsen hat vor mehr als Monatsfrist bereits stattgefunden, am 22. Juni soll nun für den Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O., und zwar in Cottbus ein Parteitag abgehalten werden. Weitere Congresse namentlich für Süddeutschland werden folgen. Auf allen diesen Congressen sind es hauptsächlich zwei Gegenstände, welche die Congreßmitglieder beschäftigen werden. In erster Linie ist die Vermehrung der socialdemokratischen Presse ins Auge gefaßt; an allen Ecken und Enden keimen jetzt, wie die Pilze nach einem warmen Regen, die socialdemokratischen Blättchen hervor. Die socialdemokratischen Führer wollen ferner darüber in Berathung treten, wie am besten die **ländliche Arbeiterbevölkerung** für die Socialdemokratie gewonnen werden könne. Man darf gespannt darauf sein, ob trotz dieser sehr belehrenden Vorgänge und Bestrebungen in den maßgebenden Kreisen noch immer nicht die Ueberzeugung zum Durchbruch kommt, daß der Verzicht auf das **Socialistengesetz** ein schwächlicher und verderblicher Mißgriff sein würde.

* Für die **Erbauung eines Seehafens in Cuxhaven** sowie für den Ausbau des dortigen Fischerhafens hat der hamburgische Senat die Bewilligung von 7 600 000 ℳ beantragt, welche unzweifelhaft erfolgen wird. Der Plan des Seehafens auf dem nur als ein vorgeschobener hamburgischer Posten zu bezeichnenden Gebiete hat schon seit langer Zeit die zuständigen Behörden beschäftigt, und immer mehr hat sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es in Ergänzung der hamburgischen Hafenanlagen eines Hafens an der Mündung der Elbe bedarf, welcher denjenigen Verkehrsinteressen dienen kann, für welche die hamburgischen Einrichtungen nicht ausreichen, ein Hafen, tief und breit genug, damit die großen Schnelldampfer ihre Passagiere unmittelbar vom Lande aufnehmen und an das Land absetzen können, aber auch groß genug, um in Noth- und Eiszeiten großen Schiffen Schutz zu gewähren. Die Bauzeit ist auf drei Jahre bemessen.

* In der **badischen zweiten Kammer** erklärte der Cultusminister Nokk in Beantwortung der von den Ultramontanen gestellten Interpellation um Aufhebung des Altkatholikengesetzes und der Regelung der Rechtsverhältnisse der Altkatholiken als besonderer Kirchengemeinschaft, die Regierung sehe in der gegenwärtigen Lage keinen Grund, um ihrerseits eine Aenderung der aus der Initiative der Stände hervorgegangenen gesetzlichen Regelung anzustreben; sie werde bemüht sein, etwaige Schwierigkeiten nach wie vor hinsichtlich des Gebrauchs der Kirchengebäude zu beseitigen.

* * *

* Die Wiener „**Deutsche Zeitung**" findet das **Anwachsen der Heeresausgaben** in der allgemeinen Lage zur Genüge begründet. Es sei eben das Schicksal der guten Sache, welche die Friedenspolitik des **Dreibundes** vertritt, daß sie ihren äußerlich erkennbarsten Ausdruck in den Ausgaben für Heer und Flotte findet. Die Delegation stehe vor einer beklagenswerthen Nothwendigkeit: gerade im Interesse des europäischen Friedens müsse sie alle Mittel bewilligen, die zum Schutz des Vaterlandes und unserer wirthschaftlichen Interessen erforderlich sind. Die ernsten Worte, welche Graf Kalnoky über das Treiben in Serbien und das Verhalten der

SLUB
Wir führen Wissen.